
Buchbesprechungen

Dietz, Barbara (Hrsg.): Zukunftsperspektiven der Sowjetunion; Programm und Wirklichkeit, Verlag C. H. Beck, München 1984, 200 S., 19,80 DM

In gewisser Hinsicht kann der vorliegende Sammelband als Falsifikation der 1969 von A. Amalrik („Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?“) aufgestellten pessimistischen Prognosen gelten. Aus verschiedenen Perspektiven wird versucht, eine Bestandsaufnahme der heutigen Sowjetunion mit folgendem Ergebnis vorzulegen: Die chronischen Schwächen hinsichtlich von Produktivität, von technischem Fortschritt und Konsumniveau sind zwar bislang keineswegs gelöst worden. Aber auch die von Amalrik erwartete Katastrophe ist nicht eingetroffen: Die Sowjetunion siecht also auch weiterhin an ihren längst bekannten fundamentalen Krankheitserscheinungen dahin, ohne daß in absehbarer Zeit eine wesentliche Veränderung zu erwarten wäre.

Dieser Grundtenor wird in einzelnen Kapiteln näher ausgeleuchtet und an Hand zahlreicher Fakten eindrucksvoll

dokumentiert. So machen sich die chronischen Schwierigkeiten in der Landwirtschaft insbesondere anfangs der siebziger Jahre stark bemerkbar. Der Übergang zu einer auf höherer Effizienz basierenden Entwicklung ist gescheitert. Dementsprechend ging das Wirtschaftswachstum zwischen 1976 und 1980 stark zurück (H. H. Höhmann). Die Arbeitsproduktivität liegt im Vergleich zu den USA noch immer um die Hälfte niedriger, was von W. Schrettl durch die vorrangige Förderung der Produktionsmittel- und Rüstungsindustrie auf Kosten des Konsumniveaus erklärt wird.

Die theoretische Begründung all dieser Phänomene - so J. Kosta - ist im Grundprinzip der sowjetischen Planung verankert, die trotz partieller Veränderungen (z. B. Ersetzung des Bruttoproduktionsvolumens als betriebliches Erfolgskriterium durch das Nettoproduktionsprinzip) nur modifiziert, aber keineswegs durch ein funktionsfähigeres Konzept ersetzt wurde. So bleiben auch weiterhin die altbekannten Mängel der zentralistischen

Leitung, wie Unflexibilität der Produktionsstrukturen, übermäßiger Ressourceneinsatz und ungenügende Motivation zur Einführung technischer Innovationen erhalten.

Dies wirkt sich nicht zuletzt in dem Umstand aus, daß die technologische Lücke zwischen der UdSSR und den westlichen Industrieländern im Laufe der letzten zwanzig Jahre unverändert geblieben ist (J. Nötzold). Die Leninsche Forderung und die Chruschtschowsche Voraussage vom „Ein- und Überholen der westlichen Industriestaaten“ sind somit auch weiterhin Fiktion geblieben.

Ebensowenig wurde das anvisierte Konzept einer harmonischen, d. h. sich konfliktfrei entwickelnden sozialistischen Gesellschaft erreicht. Im Gegenteil: Nach Stalins Tod kam es neben Protestkundgebungen der Arbeiterschaft auch zur Bildung nicht unbedeutender Gruppen intellektueller Dissidenten.

Bedauerlicherweise wird die Beurteilung der heutigen sowjetischen Gesellschaft nur an verhältnismäßig wenigen Beispielen demonstriert, wobei wichtige Bereiche, etwa eine Analyse der politischen Strukturen, der Konflikte zwischen Parteiführern und den wohl mehr technokratisch ausgerichteten Managern, der z. T. sinnlosen „Kaderpolitik“ u.a.m., dem Leser vorenthalten bleiben. Außerdem verspricht der Titel (Zukunftsperspektiven) mehr als der Inhalt dann bieten kann: Die Autoren äußern sich über die weiteren Aussichten der Sowjetunion - vielleicht durch die Fehlprognose Amalriks abgeschreckt - nur sehr zurückhaltend und allgemein. Trotz dieser Vorbehalte sind insbesondere die vier wirtschaftspolitisch ausgerichteten Kapitel für den interessierten Leser von hohem Informationswert.

Jan Osers,
Frankfurt/M.

von der Haar, Elke und Heinrich: Ausbildungskrise. Eine Bilanz von zehn Jahren Ausbildung, Verlag Die Arbeitswelt, Berlin 1986, 359 S., 34 DM.

Die Verfasser, durch Publikationen insbesondere im Bereich der Kinderarbeit und der Jugendarbeitslosigkeit als kompetente Sachkenner einschlägig ausgewiesen, haben nunmehr ein Handbuch zur Ausbildungskrise vorgelegt, das Aufmerksamkeit verdient.

Die Vertreter der „christlich-liberalen“ Regierungskoalition klopfen sich ob ihrer Erfolge im Bereich der beruflichen Bildung selbst auf die Schulter und weisen mit gezinkten Zahlen einer halbinformierten Öffentlichkeit die Lösung eines Problems nach, das tatsächlich freilich weiter um sich greift und mehr und mehr junge Menschen in seinen Sog zieht: Es geht um die Jugendarbeitslosigkeit, die Bereitstellung von zumutbaren und zukunftssträchtigen Ausbildungsstellen und ergänzende staatliche Maßnahmen.

Den Verfassern gebührt das Verdienst, in umfassender Weise die unterschiedlichen Problemlagen junger Menschen unter Heranziehung empirischem Materials dargestellt und analysiert zu haben. Aufgelockert und ergänzt wird das Werk durch differenzierte Tabellen, graphische Darstellungen und informative Abbildungen.

Die Abhandlung gliedert sich nach einer Einleitung in folgende Abschnitte: Jugendliche ohne Ausbildung, Jugendliche in der Berufsausbildung, schulische Berufsausbildung, berufliche Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz, sonstige staatliche und kommunale Maßnahmen. An die entsprechenden Ausführungen schließen sich eine Zusammenfassung, entsprechende Schlußfolgerungen und ein umfangreiches Literaturverzeichnis an.

Vergleicht man diese detaillierte Arbeit etwa mit den zentralen Aussagen des Berufsbildungsberichts 1986 der Bundesregierung (Bundestags-Drucksache 10/5110 vom 27. 2. 86), so glaubt man, hier würde von zwei unterschiedlichen Welten gesprochen. Neigte die sozial-liberale Koalition schon zu fast peinlicher Kosmetik, so übertrifft sie die jetzige noch bei weitem. Es ist die eigentliche Aufgabe der

Wissenschaft, der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen. Die Verfasser haben sich von der regierungsoffiziellen Propaganda zurecht nicht beeindrucken lassen und entsprechende Gegenargumente detailliert aufbereitet.

Gewünscht hätte man sich vielleicht noch eine Behandlung der Problematik der überbetrieblichen Ausbildung und der entsprechenden Finanzierungsfrage. Doch ist die Anlage des ohnehin schon sehr umfangreichen Handbuchs auf eine Bilanzierung der bisherigen Politik und nicht auf mögliche Reformansätze hin orientiert. Diese Selbstbeschränkung muß akzeptiert werden.

Dem Handbuch ist eine weite Verbreitung zu wünschen, insbesondere im Gewerkschaftsbereich.

Bernd Klees,
Braunschweig

Hennicke, Peter/Jeffrey P. Johnson/Stephan Kohler/Dieter Seifried: Die Energiewende ist möglich - für eine neue Energiepolitik der Kommunen, Fischer-Verlag, Frankfurt/M., 372 S., 39 DM.

Spätestens seit den Ölpreiserhöhungen 1973 und 1979 sowie seit der Kernenergie-debatte in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, die sich in jüngster Zeit durch die politischen Diskussionen und Auseinandersetzungen um den Brüter in Kalkar, die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und im Zusammenhang mit der Reaktor-Katastrophe in Tschernobyl neu entzündet hat, finden Fragen der Energieversorgung ein breites öffentliches und politisches Interesse.

Seit dem ersten Öl-(Preis-)Schock beherrschten zunächst vor allem das quantitative Versorgungsproblem und die daraus resultierenden Preisprobleme die energiepolitische Diskussion. Erst vor wenigen Jahren rückte der Aspekt der Energiedienstleistung - Energiekonsum ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Realisierung bestimmter Nutzeffekte, z. B. warme Wohnung, Fortbewegung, Licht oder Prozeßwärme in der Industrie - zunehmend ins Blickfeld der Diskussion. Die Fragestellung lautet hier nicht mehr

„wie kann man am kostengünstigsten Energie bereitstellen?“, sondern „wie können am kostengünstigsten die erwünschten Energiedienstleistungen erbracht werden?“. So gesehen sind Energiebereitstellung *und* Energienutzung als zusammengehöriges Problem zu betrachten, das es zu optimieren gilt.

Einen Anstoß für derartige Überlegungen gab der Hinweis darauf, daß eine Reduzierung des Energieverbrauchs der Bundesrepublik bis zum Jahre 2030 auf etwa 60 Prozent des Verbrauchs von 1973 (ohne Wohlfahrtsverluste) zumindest theoretisch machbar ist (Bericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“, Studie des Öko-Instituts „Energiewende - Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran“, beide 1980). Inzwischen haben sich sowohl im Saarland wie in Hessen und in Nordrhein-Westfalen politische Bestrebungen durchgesetzt, die mittels „Dezentralisierung“ und „umwelt- und sozialverträglicher Energieversorgung“ u. a. dieses Einsparpotential realisieren wollen. Die aktuelle Diskussion um den Schnellen Brüter in Kalkar wird ebenfalls mit diesen Schlagworten geführt. Aus gesellschaftspolitischen, ökonomischen, energiepolitischen, ökologischen und technologiepolitischen Gründen - so heißt es - sei eine grundlegende Neubewertung der Schnellbrutreakorteknologie notwendig.

Mit den Ergebnissen des Forschungsprojektes am Öko-Institut „Energiewende II“ liegt nun ein weiterer Versuch vor, die Lücke zwischen dem theoretisch Machbaren und dem praktisch Durchführbaren zu schließen. Ziel dieser Untersuchung ist es, „die organisatorischen, rechtlichen und institutionellen Hemmnisse zu analysieren, die der Verwirklichung der ‚Energiewende‘⁵ entgegenstehen“, um daraus eine Durchsetzungsstrategie für eine künftige Energiewirtschaftsstruktur zu erarbeiten. „Wir beschreiben dabei, was wir für wünschenswert halten, ohne uns damit aufzuhalten, ob es im Augenblick politisch ‚mehrheitsfähig‘ und ‚durchsetzbar‘⁵ ist“ (S. 12 und 17).

Zunächst arbeiten die Autoren heraus, daß die Probleme des Energiesektors keineswegs einer Lösung nähergekommen sind, wie es die derzeitige „Energieschwemme“ glauben machen könnte, sondern sich im Gegenteil verschärft haben. Sie verweisen in diesem Zusammenhang u. a. auf weiter zunehmende, gerade auch auf die Stromproduktion zurückzuführende Umweltschäden, auf Überkapazitäten, akute Absatzprobleme der deutschen Steinkohle in den neunziger Jahren und auf Inflexibilitäten aufgrund des Großverbundes sowie auf Atommüll-Entsorgungsprobleme, auf die exzessive Plünderung erschöpfbarer Ressourcen und die Fehlleitung gesellschaftlicher Mittel in den Ausbau des Energieangebots.

Sodann geht es den Autoren um die Untersuchung der Energiewirtschaft unter dem Blickwinkel der Hemmnisse der „Energiewende“. Als erstes Hemmnis stellen sie heraus, daß die Vermachtung des Energiesektors außerordentlich weit vorangeschritten und dieser Bereich dadurch der demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen sei.

Als zweites großes Hemmnis nennen sie das geltende Energierecht. So z. B. fördere das Energiewirtschaftsgesetz Großlösungen, das Preisrecht den Energieverbrauch und das Kartellrecht die Monopolisierung. Das Großverbundsystem nütze vor allem der Energiewirtschaft selbst bzw. den Energiekonzernen und wenigen industriellen Großverbrauchern. Es stehe den Ansprüchen an ein ökologisches und sozialverträgliches Energiesystem diametral entgegen.

Ebenfalls als weitere schwere Hemmnisse machen die Autoren die chronisch defizitären Kommunalfinanzen und die Geschäftspolitik der Energieversorger aus. Durch die Verflechtung von Energiewirtschaft und kommunalen Finanzen, durch die Abhängigkeit der Kommunalhaushalte von den Einnahmen aus den Konzessionsabgaben sei Energieverschwendung programmiert.

Aus ihrer Untersuchung leiten die Autoren folgendes Leitbild für eine künftige

Energiewirtschaftsstruktur ab: Die Energiewirtschaft muß auf eine öffentliche, kommunalisierte Basis gestellt werden, weil nur öffentliche, nicht primär an Gewinnerzielung interessierte Unternehmen in der Lage sind, rationelle Energienutzung und Bedarfsorientierung zur Richtlinie ihrer Unternehmenspolitik zu erheben. Nach dem Leitmotiv „Energiepolitik von unten“ soll die Energiewirtschaft institutionell konsequent dezentralisiert werden; die Netze sollen im Eigentum der Kommunen, der Länder und des Bundes und durch öffentliche Dienstleistungsunternehmen nicht-gewinnorientiert betrieben werden; die grundlegende Energiebasis der Stromerzeugung wird vergesellschaftet; für den Import, z. B. von Erdgas, wird ausschließlich eine staatliche Importgesellschaft zuständig; die Kraftwerke werden in das Eigentum von öffentlichen Betreibergesellschaften überführt; es wird ein Energieplanungsrat, bestehend aus den wirtschaftlich- und gesellschaftlich relevanten Gruppen eingerichtet. Während des Übergangsprozesses der Energiewende sei eine Aufsichts- und Kontrollinstanz notwendig, die nicht mit den Versorgungsinteressen der Kommunen und ihrer Energiedienstleistungsunternehmen oder allgemein der öffentlichen Hände verflochten sein darf.

Was den Weg zur Realisierung dieses Konzepts, von den Autoren als „konkrete Utopie“ entworfen, betrifft, so scheinen ihnen u. a. folgende Maßnahmen angezeigt: Nichtverlängerung und/oder Aufkündigung von Konzessionsverträgen; gesetzlich geregelte verbesserte Abnahmeverpflichtungen und Einspeisebedingungen; Verabschiedung und Novellierung bestimmter Gesetze; Reform der Gemeindefinanzen etc.

Offen und widersprüchlich bleibt am Ende aber, weshalb gerade die öffentliche Hand im Energiebereich - öffentliche und öffentlich kontrollierte gemischtwirtschaftliche Unternehmen und die staatliche Aufsicht (Fach-, Preis- und Mißbrauchsaufsicht) über die Unternehmen des Energiesektors - zum Motor dieser neuen Energiepolitik werden soll, ist sie

doch eine Instanz, die die bisherige, von den Autoren als ineffizient beurteilte Politik, in diesem Sektor mitverantwortet. Insofern wird die Arbeit ihrem Anspruch (Durchsetzungsstrategie) nicht gerecht. Zugespißt könnte die Kritik an diesem Buch lauten: Es geht wohl schlecht an, von demokratisch kontrollierten Institutionen zu behaupten, sie seien nicht demokratisch kontrolliert.

Trotz dieses Schwachpunktes: Ein kenntnisreich geschriebenes Buch auf hohem fachlichen Niveau und dabei doch gut lesbar. Es wird von der wissenschaftlichen und politischen Energiediskussion berücksichtigt werden müssen.

Franz J. Hölker,
Bonn